

Geschickl Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
Im letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte.

# Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal inkl. 1.80  
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.) =  
Inseratenpreis pro sechsspaltige Pettzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

=: Grösste Abonnentenzahl =:  
aller Rheingauer Blätter.

**Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.**

Druck und Verlag von Adam Estienne in Oestrich.  
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in  
Defstrich-Winkel u. Umgebung.

№ 24

Dienstag, den 25. Februar 1919

70. Zahrgang

Ämtlicher Theil.

Auszug aus der Verordnung über die Ein-  
setzung, Entlassung und Entlohnung der An-  
gestellten während der Zeit der wirtschaftlichen  
Demobilisation.

§ 1.  
Angestellte im Sinne nachstehender Vorschriften sind die dem Versicherungsgehe für Angestellte versicherungspflichtigen Personen mit Einschluß der auf Grund des § 11 oder des § 14 Nr. 2, 3 deselben Gesetzes von der Versicherungspflicht befreiten, sowie diejenigen, die versicherungspflichtig sein würden, wenn nicht ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 RM. oder ihr Alter das sechzigste Lebensjahr übersteige. Als Angestellte gelten auch Witwenangeestellte, die im Hauptberufe mit niedriger oder lediglich medianischen Dienstleistungen beschäftigt werden, ferner Lehrlinge, die sich in einer geeigneten Ausbildung in einer der vorgenannten Beschäftigungen befinden.

§ 2.  
Betriebsunternehmer und Bürohabhaber, einschließ-  
lich der Körperchaften des öffentlichen Rechts,  
sind vorbehaltlich des § 9 dieser Verordnung  
verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer und  
reichsfeindlichen Zivilinternierten einzuweisen, welche  
bei Ausbruch des Krieges bei ihnen beschäftigt  
waren und nicht später einen wichtigen Grund  
zur fristlosen Kündigung gegeben haben und des-  
wegen entlassen worden sind. 23

Die Entlassung der wieder eingeeilten Kriegs-  
theilnehmer und Zivilinternirten kann frühestens  
um Ablauf des auf den Monat der Wieder-  
einstellung folgenden dritten Kalendermonats erfolgen.  
Eine Kündigung zu diesem Zeitpunkt ist auch dann  
zu äßig, wenn sie zu diesem Termine nach allge-  
meinen gesetzlichen Vorschriften nicht wirksam wäre;  
die Kündigungsfrist beträgt in diesem Falle sechs  
Wochen.

§ 7.

Die Arbeitgeber sind vorbehaltlich des § 9 dieser Verordnung verpflichtet, die beim Austritt dieser Verordnung von ihnen beschäftigten Angehörten weiter zu beschäftigen, soweit diese ein Erwerbs angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Orte gezogen sind, es sei denn, daß sie die Versicherung der zuständigen Zentralstellen (Hauptarbeitsamt, Landesamt für Arbeitsvermittlung) beibringen, daß eine ihrer Vorbildung entsprechende Anstellung an diesem Orte oder in dessen Umgebung für sie nicht zu erlangen ist.

Die Verpflichtung zur weiteren Beschäftigung erstreckt sich nicht auf Angestellte, die nur zur vorübergehenden Ausfülle aufgenommen sind. Angestellten, die hiernach weitet zu beschäftigen sind, darf nicht zu einem früheren Termine als zum 28. Februar 1919 gekündigt werden.

§ 9.  
Eine Pflicht zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung von Angestellten (§§ 2—8) besteht nicht, soweit ihre Durchführung dem Betriebsunternehmer oder Vorkonhaber infolge des besonderen Verhältnisses des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich ist. Welche Angestellten hiernach nicht wieder eingestellt zu werden brauchen, oder zur Entlassung zu kommen haben, ist im Benehmen mit dem Angestelltenausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Mehrzahl der Angestellten zu bestimmen. An die Stelle der Angestelltenausschüsse treten in den durch § 12 der Verordnung über die Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (Reichsges. 146. S. 1456) festgelegten Fällen die dort bezeichneten Vertretungen der Angestellten.

Bei der Auswahl der zu entlassenden Angehörigen sind zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Erziehbarkeit des einzelnen Angestellten, zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Dienstatte sowie der Familienstand des Angestellten dort zu berücksichtigen, daß die Eltern, eingetragenen Angestellten und die Angestellten mit vorzugsberechtigter Familie möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind.

Des gleiche gilt von ehemals selbständigen Gewerbetreibenden und solchen Angestellten, die bis Kriegsausbruch oder später im Ausland tätig waren, sowie von Lehringen, die sich in einer geeigneten Ausbildung befinden. Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene sind angemessen zu berücksichtigen.

Zahl und Art der zur Entlassung kommenden Angehörigen ist der zuständigen Zentralarbeitsstelle (Hauptarbeitsamt, Landesamt für Arbeitsvermittlung) vom Arbeitgeber beim Auspruch der Kündigung anzuzeigen.

Die Demobilisations-Ausschüsse sind beauftragt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Büros, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern und reichsdeutschen Zivilinternierten als Angestellte zu verpflichten, auch wenn die Voraussetzungen des § 2 nicht vorliegen. Die Verpflichtung darf nur so weit erfolgen, als ihre

Durchführung dem Arbeitgeber nicht infolge der besonderen Verhältnisse seines Betriebes unmöglich ist. Sie ist aufzugeben, wenn diese Voraussetzung entfällt.

Die Vorarbeiten des Abf. I finden keine Anwendung auf Vorschreitenden des öffentlichen Handels.  
Der Reichsd. des Demobilisations-Ausschusses wird mit der Zusammenfassung an den Arbeitgeber wirksam. Er kann von den Beteiligten binnen 3 Tagen im Wege der Beschwerde an den Demobilisations-Kommissar angefochten werden. Der Demobilisations-Kommissar entscheidet endgültig.  
Berlin, den 24. Januar 1919.

Die Reichsregierung  
**Übert. Scheidemann.**  
 Der Staatssekretär des Reichsanwesens für die  
 wirtschaftliche Demobilisierung.  
**Roeth.**

Indem ich vorstehenden Auszug veröffentlichte, bemerke ich, daß die Verordnung selbst im Kreis-Vertheile, Zimmer Nr. 6, eingesehen werden kann. Es wird verdruckt werden, Sonderabdrücke der ganzen Verordnung zu beschaffen und bei den einzelnen Gemeinden aufzulegen. In dem Abdruck der ganzen Verordnung reicht der den amtlichen Blättern zur Verfügung stehende Raum nicht aus.

Im Hinblick auf die vorerwähnte Verordnung hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation unter dem 3. ds. Mts. u. a. folgendes verfügt:

Die Vorschriften des § 11, Abs. 1 finden auf Körperstellen des öffentlichen Rechtes keine Anwendung. Trotzdem ist es notwendig, daß die im § 11 festgelegten Grundzüge auch in Betrieben und Büros von Körperstellen des öffentlichen Rechtes sinngemäß durchgeführt werden.

Der § 3 der Verordnung bietet ebenso wie der § 7 der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 8) eine Handhabe, diejenigen männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter in den einzelnen Betrieben in erster Linie zu entlassen, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Es soll hierdurch den Kriegsteilnehmern und früheren Vertriebenen mit unterhaltungsspflichtiger Familie Geldgehalt zur Wiedereinstellung und zum Gewerbe gegeben werden. Fast täglich lauten beim Demobilisierungsamt Beschwerden darüber ein, daß nicht nur private Arbeitgeber, sondern auch Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden noch in zahlreichen Fällen nicht auf Erwerb angewiesene Personen, insbesondere weibliche Angestellte, beschäftigten und zum Teil sogar neu einstellen, deren Gehalt durch Kriegsteilnehmer und kriegslosige Personen mit unterhaltungsspflichtiger Familie durch die angegebenen Bestimmungen vorzuziehen ist.

Auf die nachdrücklichste Durchführung der genannten geistlichen Vorschriften ist deshalb noch besonders hingewiesen worden.

Die Betriebsunternehmer und Pächterhaber im Abteufelfreie werden hiernach aufgefordert, für ihren Betrieb die Maßnahmen zu ergreifen, die infolge der obenwähnten Vorschriften notwendig sind.

Radesheim a. Rh., den 19. Februar 1919.  
Für den Demobilisierungs-Ausschuß.  
Der Landrat.

### Bekanntmachung.

Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung sind im 19. Wahlkreise, der die Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden), den Kreis Weylar vom Regierungsbezirk Koblenz sowie Waldeck umfaßt, entfallen:

1.	auf Wahlvorschlag	Dümann	42980	Stimmen
2.	auf Wahlvorschlag	Ruppe	230152	"
3.	auf Wahlvorschlag	Raffler-Gulda	187579	"
4.	auf Wahlvorschlag	Wierker	64465	"
5.	auf Wahlvorschlag	Schreibemann	463113	"
6.	auf Wahlvorschlag	Reidt	106078	"
7.	auf Wahlvorschlag	Baummann	279	"

Die zu einer Gruppe vereinigten Wahlvorschläge 3 (Müller-Fulda), 4 (Rieser) und 6. (Reidt) haben somit zusammen 358122 Stimmen erhalten.

Wählt sind:

1. Bürgermeister Dr. Hermann Luppe, Frankfurt a. M.,
2. Oberbürgermeister Erich Koch, Cassel,
3. Professor Walter Schackling, Marburg a. L.,
4. Rentier Richard Kaller, Fulda,
5. Sekretär Joseph Becker, Berlin,
6. Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.,
7. Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Jakob Kieser, Berlin,
8. Volksbeauftragter Philipp Scheidemann, Berlin-Steglitz,
9. Schriftsteller Dr. Max Quast, Frankfurt a. M.,
10. Stadterordneter Georg Thöne, Cassel,
11. Schriftsteller Gustav Koch, Hanau,
12. Schuhmachermeister Friedrich Brähne, Sachsenhausen.
13. Ehefrau Johanna Leich, Frankfurt a. M.,
14. Rechtsanwält Dr. Hugo Singheimer, Frankfurt a. M.,
15. Farmer Karl Beidt, Frankfurt a. M.

Kassel, den 26. Januar 1919.

Der Wahlkommissar  
des 19. Wahlkreises für die Wahlen zur verfassungsgebenden  
deutschen Nationalversammlung.  
Fritsch, Oberlandesgerichtspräsident.

### Zur Sozialisierungsfrage.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird geschrieben: Nach den kritiklosen Begriffen der Sozialdemokratie ist in allen Betrieben eine Sozialisierung möglich, ob aber die Produktionsfähigkeit gehoben wird, das ist sehr fraglich, ja für manche Betriebe zu verneinen.

Hierzu gehört die Landwirtschaft. Theorie und Praxis stehen sich bei der Durchführung des Problems scharf gegenüber.

Eine weiterer Hauptzorgcn muß und wird für die Zukunft unsere landwirthschaftliche Production zu erhöhen, bleiben. Nun hängt aber die Erhöhung nicht von den Großagariaten allein ab, sondern die kleinen Hülfsquellen der Volksernährung sind im Besitz der mittleren und auch kleineren ländlichen Betriebe, auf denen oft nur ein bis drei fländige oder auch unfländige Arbeiter beschäftigt werden.

Die Erhöhung unseres Viehbestandes, die Ausnützung selbst der kleinsten Flächen liegen zum großen Teil in dieser Arbeitsgemeinschaft. Nun steht aber das Beispiel und Beweise liegen vor, daß da, wo die Industrie ihren unheilvollen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausübt, der kleine und mittlere Bauernstand zurückging, die Viehhaltung auf ein Minimum beschränkt wurde, und oft viele Länderscheide, sowie einzelne Grundstücke unbebaut liegen blieben. Das Interesse an dem mühevolleren Erwerb, wie er bei dem kleineren und mittleren Bauern zu Tage tritt, schwand immer mehr und man wandte sich der Industrie zu. Nun will aber unser Volk, daß alle Produktion gehoben werde, und der Arbeiterstand selbst muß ein Interesse haben, daß in Zukunft sich Industrie sowie Landwirtschaft sich lebensfähig erweisen. Das wird bei den kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben nur möglich sein, wenn eine Exablottierung aufgelöst wird, denn durch die Gleichmacherei und Festsetzung der Arbeitsstunden läßt sich ein häuslicher Betrieb mit Viehhaltung nicht aufrecht erhalten. Einseitig und Demonstrationsmäßige nach Berliner Muster kann der Bauer nicht gebrauchen, die Naturgesetze schreiben ihm seine Arbeitszeit und Leistung oft mit eiserner Gewalt vor. Es muß in der bäuerlichen Arbeitsgemeinschaft jedes Glied mitarbeiten, ein Durchschleifen saurer und trüger Elemente schadet hier mehr wie in sonstigen Betrieben. Auch kann hier keine Interessenlosigkeit zur Geltung kommen, denn dies schädigt sonst den Arbeitsseß und in den wichtigsten Zeitabschnitten der Ernte und des Herbstes ist nichts mit Arbeitszeit und Arbeitsexablone anzufangen; denn wollte man in diesen Zeiten auf dem so und soviel Stundentag bestehen, so wäre oft die geordnete Einbringung der Feldfrüchte und die Vollernte gefährdet.

In der Viehhaltung läßt sich das Stundensystem noch weniger durchführen. Wenn wir, was zu wünschen wäre und so hoffen ist, in der Siedlungsfrage wieder mehr an die Schaffung einer Schicht kleinstädtlicher Existenzen herantreten und erwarten, daß ein Teil unserer Industriearbeiterkastei, denen sich hierzu Gelegenheit bietet, die mit Frau und Kinder Neigung verspüren, sich wieder dem Erwerb auf der Scholle zuwenden, so werden diese Reusiedler zu der Anschauung kommen müssen, daß es doch bei der Frage der Sozialisierung aller Betriebe, bei der Landwirtschaft, ein Hindernis gibt, das in dem Naturgesetz und seiner sich nicht der Schöblone fügenden Naturgewalt begründet ist. Man kann und hat es sehr oft gelesen, wohl dem Satz schreiben, die landwirtschaftliche Produktion ist schärfer zu fassen; das läßt sich bei der Maschine genau und auf das Hundert festsetzen, dem Acker kann ich wohl eine Ernte anvertrauen, ob aber die Natur sie gibt, ist eine andere Frage und da heißt es abringen, erlämpfen. Dies läßt ein sozialisierter Betrieb nicht zu, denn der erzieht nicht zu erhöhter Leistung, sondern mehr und mehr zur interessenlosen Arbeitszeitleistung; sodah, wenn die Anstellung der großen Güter und Domänen vom Gesichtspunkt der Sozialisierung durchgeführt werden soll, wir einen gesteigerten Mehrertrag kaum erwarten dürfen. Streben bringt Leben, Schöblone bringt Tod.

# Die Nationalversammlung.

Die heutige Sitzung brachte endlich den Schluß der großen Aussprache.

Präsident des Reichsministeriums Schöbde-  
man n bräudmarfte die Vorgänge am Riedertstein. Der  
Eusef der Sage spiegelte sich in seinen Worten wieder:  
Die junge Republik wird in kürzester Zeit vor der  
schwersten Erschütterung, wenn nicht vor dem Zusam-  
menbruch stehen. (Hör! hör!) Das Reich, das Volk,  
seine Ernährungsmöglichkeiten und Arbeitsmöglichkeiten  
sind aufs schwerste bedroht, nicht vom Feinde, sondern  
von Landesgenossen, die jetzt unsere wertvollsten west-  
lichen Provinzen, das rheinisch-westfälische Industrie-Ge-  
biet, mit Zerteimerung bedrohen. Der Boden, auf  
dem wir stehen, schwankt, er bricht vielleicht in kürzester  
Zeit zusammen, wenn es nicht gelingt, dem Wahnsinn  
und Verbrechen im Ruhrgebiet entschlossen ein Ende zu  
machen. (Lebhafter Zustimmung.) Der Ministerpräsident  
wandte sich dann gegen die A.-S.-Mäße, die zwar in der  
ersten Zeit Gutes geleistet hätten, jetzt aber ihre Macht



nichtbrauchen und an vielen Stellen das Erscheinen der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse einfach verhindern bzw. diese Blätter mit Gewalt für spartakistische Zwecke mißbrauchen. Die vorher blühende Stadt Düsseldorf ist durch die A.-S.-R. an den Rand des Verderbens gebracht worden. Die „Düsseldorfer Nachrichten“ mußten als „Rote Fahne vom Niederrhein“ erscheinen. Damit war das gestohlene Nummer ausgetüschelt, das alle weiteren Gewalttaten deckte. Mitte Januar fielen den spartakistischen Gewaltstreichen Menschenleben zum Opfer; am 17. Januar kam die Einlieferung von Stadtratsmitgliedern. Es folgten Verhaftungen und die Sprengung der Stadtverordnetenversammlung. Die spartakistische Mißwirtschaft hat Düsseldorf fast zum Bankrott gebracht. Der von der Spartakusgruppe eingeführte sogenannte Oberbürgermeister Schmidchen (Zuruf: Der ist unabhängig!), verlangte vom Stadtkassierer einfach einen Betrag von 200 000 Mark, und der Kassierer sah sich durch die Bedrohung mit Maschinengewehren genötigt, 125 000 Mark herauszugeben (Hört, hört!). Dieser Oberbürgermeister macht natürlich Schule. Unter der Maske der Sozialisierung hat er den Hochwald des Grafen Spee in Rattigen einfach abholzen lassen. (Hört, hört!) Am 11. Februar haben in Mülheim drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates 74 600 Mark für die Sicherheitskompanie durch Bedrohung mit dem Revolver in der Reichsbankstelle erreicht. So sehen die Spartakisten das Ruhrgebiet in Wirklichkeit aus (Zuruf: Das sind die unabhängigen!) Es sind ganz gemeine Räuber, Spitzbuben und Erpresser. (Stürmische Zustimmung.) Sie haben die „Niederrheinischen Nachrichten“ beschlagnahmt und verboten und die Auflage verbrannt. Sie gehen verhaftet von Beche zu Beche und zwingen die Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 95 v. H. der Bergarbeiter gegen den Streik sind. (Hört, hört!) In Duisburg ist gestern eine große Anzahl Arbeitswilliger getötet und schwer verwundet worden. (Hört, hört!) Auf Arbeitswilligkeit ist die Strafe des Erschießens gesetzt worden. Das ist nur eine Handvoll von den vielen Mordungen, die uns täglich zugehen. Sie müßten die Regierung noch heute zum Teufel jagen, wenn sie nicht mit aller Kraft und Entschlossenheit Gewalt gegen Gewalt setze (Stürmischer Beifall und Rufe: Das kommt jetzt zu spät!), um den letzten Rest des bürgerlichen Volksvermögens vor Vernichtung und Zerstörung zu bewahren. Die Regierungstruppen kommen uns nur als Schutztruppen der Demokratie und der vergewaltigten Arbeiter, nicht als Weisse Garde. Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, den Spartakisten und Gewaltmenschen in kürzester Zeit das Handwerk zu legen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, ist bei den Unabhängigen Sozialdem.)

Weiter ist von den Mehrheitsparteien folgendes Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht worden: Die Nationalversammlung billigt den Arbeitsplan des Reichsministeriums und spricht dem Reichsministerium das Vertrauen aus.

Eine Rundgebung aller Parteien für die flammverwandten Deutsch-Oesterreicher ruft lebhaften Beifall aus. (Hört, hört!) Der Reichsminister für die flammverwandten Deutsch-Oesterreicher ruft lebhaften Beifall aus. (Hört, hört!)

Herr Dr. Baumer (Dem.) nimmt seine Partei gegen die Vorwürfe des Vorredners in Schutz. Unter Wirtschaftswesen muß auf christlichem Sozialismus aufgebaut werden. Es wird behauptet, daß der weltumspannende Nationalismus im Kriege versagt habe. Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat jedenfalls vom ersten Kriegstage an ebenso wenig für den Frieden gearbeitet wie die sozialistische Internationale. Der Kosteneffekt von oben und von unten müßte verschwinden. Die Arbeiterschaft, die jetzt zur Herrschaft berufen ist, muß zeigen, daß die breiten Volksschichten besseres zu bieten haben als das alte System. Was an uns liegt, werden wir tun, um christlich und rechtlich mitzuwirken an der Gestaltung eines neuen Lebens für unser Volk. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Herr Dr. Baumer (Dem.) erkennt einen Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie nicht an. Demokratie ist aktiver Liberalismus. (Sehr gut! bei den Demokraten.) Was die Beteiligung der Frau, nachdem sie formell das gleiche Recht mit den Männern erhalten hat, betrifft, so wünsche ich, daß man in allen Behörden, die mit Frauen und Erziehungsarbeiten zu tun haben, geschulte Frauen berufen möge. Wir stehen heute vor der hohen aber auch wunderbaren Aufgabe, der Gesamtheit des Volkes, nicht nur den oberen oder höheren Schichten, den Kulturstaat zu bringen. Der Entschluß, welche die Deutsch-Oesterreicher angeht, stimmen wir mit Freuden zu. (Beifall bei den Dem.) Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte wird der Regierung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der beiden Parteien der Rechten das Vertrauen ausgesprochen. Der Antrag, der die Deutsch-Oesterreicher begrüßt, findet einstimmige Annahme.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Bildung einer Reichswehr. Schluß nach 7 Uhr.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

## Bluttaten in München.

Kurt Eisner erschossen. — Schießerei im bayerischen Landtag.

Freitag vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner in München auf dem Wege vom Ministerium des Innern nach dem Landtag-Gebäude in der Brunnstraße von Leutnant Krcos-Balleh durch zwei Revolverkugeln von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und in seinen Verletzungen erlegen.

Als ein Opfer der Gewalt, die er selbst gerufen, ist der bayerische Ministerpräsident Eisner, der Waffe eines jungen Schwärzers zum Opfer gefallen, denn nur auf dem Boden der revolutionären Ueberzeugung der Umwälzung aller moralischen und sozialen Begriffe durch den gewalttätigen Umsturz einer bei allen ihren Schwächen doch jeder Theorie fernstehenden Gesellschaftsordnung konnte eine Gesinnung und Praxis großgezogen werden, die auch das Leben des Mitmenschen als

kein Hemmnis mehr anerkennen, wenn es dem gewählten Ziel im Wege zu stehen scheint. Seit Wochen, ja seit Monaten, hatten wir Kunde von der wachsenden Empörung, die das bayerische Volk gegen den Landfremden und, wie sein Verhalten bei den Wahlen auch zeigte, undemokratischen Usurpator empfand. Und diese Empörung, diese zum Teil wohl instinktive Auflehnung war es, zu deren Organ sich der Rörder Eisner machen wollte. Menschlich wie politisch ist seine Tat aufs schärfste zu verurteilen, ganz ebenso, wie jeder anständige Mensch die Vondschüßigkeit an Viehwecht und Rosa Luxemburg aufs tiefste verabscheut; aber, und darauf immer zurückkommend, heißt nur die Wahrheit aussprechen: es sind die Früchte der Revolution, die hier in blutigen Farben aufgehen. Dieser Gedanke kommt auch in den Betrachtungen der rechtssozialistischen Presse zum Ausdruck, die Eisner dahin gekennzeichnet, daß er ein glänzender Feuilletonist, aber ein herzlich schlechter Politiker gewesen sei, der bei allem ihm vielleicht zugestandenen guten Willen viel Unheil angerichtet habe. Zeitgebende politische Folgerungen zieht das mehrheitssozialistische Regierungsbüro, der „Vorwärts“, wenn er die Notwendigkeit betont, daß die ganze Arbeiterbewegung die Front gegen rechts nehmen müsse, gegen die stumpfe, plumpe Reaktion, deren Stütze er ist und deren Hand den Revolver führt. Es kann nicht scharf genug betont werden, daß eine solche Reaktion nicht besteht, und die Aufforderung des „Vorwärts“ steigert nur die Gefahr einer vollständigen Vergiftung des politischen Kampfes. Man vergesse doch auch nicht, daß außer dem unabhängigen Eisner auch ein Mehrheitssozialist, ein Zentrumsmann und ein Offizier der Rörderhand zum Opfer gefallen sind. Selbstverständlich verurteilt auch die Reichsregierung die Mordtat aufs schärfste, obwohl sie an den Ermordeten alles andere als einen Freund und Rörderer ihrer Bestrebungen auf Befestigung der politischen Verhältnisse hatte. Die Gewalt muß aus dem öffentlichen Leben verschwinden; daran müssen alle Parteien mitwirken.

## Kochhaupter und Auer.

Im Landtag wurde auf den Minister Auer ein Attentat verübt worden. Als er eben in einer Erklärung dem Abgeordneten gegeben hatte, fielen plötzlich Schüsse aus der Richtung der durch einen großen Plüschvorhang verhängten linken Eingangstür zum Sitzungssaal. Darauf stürzte ein Mann in Militärmantel und Zivilhut in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolverkugeln in der Richtung auf Auer ab. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordnete bemächtigte sich eine große Panik. Er flüchtete durch alle Ausgänge aus dem Sitzungssaal. Auer kam, in die linke Brustseite getroffen, schwer verletzt zusammen. Von einem der Schüsse wurde der Abgeordnete Osel von der bayerischen Volkspartei getroffen. Er ist tot. Zwei Ministerialbeamte erlitten schwere Schußverletzungen. Die Minister Hoffmann und Frauenborffer, sowie inzwischen zurückgekehrte Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion leisteten den Schwerverletzten die erste Hilfe. Die Sitzung mußte ausgesetzt werden. Das Landtagsgebäude ist militärisch gesperrt.

Der Minister für militärische Angelegenheiten, Kochhaupter, befindet sich in Haft. Auer wurde nach dem Attentat in ein Lazarett gebracht, wo er von einem Militärarzt sofort untersucht und operiert wurde. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

## Festsetzung der Abgeordneten.

Die Landtagssitzung findet nicht statt. Die Abgeordneten dürfen aber auf Befehl der Räte einströmen, das Gebäude nicht verlassen, wo sie also gefangen sind. Die Angaben gehen darüber auseinander, ob der Diener Krcos diesen auf dessen eigenen Befehl erschossen haben soll, oder ob Krcos durch einen in Eisners Begleitung befindlichen Soldaten fiel. In der Promenadenstraße zeigten mit Sägen überlitterte, große Wundtaten die Stelle der Tat neben dem Ministerium des Innern an. Krcos Persönlichkeit war durch bei ihm gefundene Papiere festgestellt worden.

## Der Prozeß Radek.

Aus der Werkstatt der Volkswissenschaften. Radek weiß sich in den Papieren und Briefschaften, die in seinem geheimen Propagandabüro gefunden wurden, als Leiter des „Departements Zentraleuropa“ des russischen auswärtigen Kommissariats aus. Er hatte zunächst nur die deutschen, österreichischen, ungarischen, polnischen und baltischen Angelegenheiten zu bearbeiten, war aber zusehends mehr und mehr weniger als Chef der Weltpropaganda der Sowjetregierung. Seine Aufgabe für die nächsten Wochen war, Deutschland als Aufmarschgebiet für den Volkswissenschaften einzurichten. Er stand in fortwährender Verbindung mit Moskau, erhielt von dort alle paar Tage den Besuch von Kurieren, allerdings heimlich außerhalb seiner Wohnung, und unbeschränkte Geldmittel, nach seinen Aufzeichnungen in die Millionen Mark gehend. Der kleine, schwächliche, 35jährige Mann, der früher in russischer Uniform, dann in deutschem Feldgrau Berlin durchstreifte, trat überall sehr elegant und freigebig auf. Niemand hätte in diesem geschmeidigen Kavaller den rabiaten Spartakusmann vermutet. Nach den aufgefundenen Korrespondenzen hatte er auch die Fäden der spartakistischen Bewegung in Düsseldorf, Bremen, Hamburg, Braunschweig und Erfurt in der Hand. Ein Entwurf über die Einrichtung eines Volkswissenschaftsbüros in Weimar stammt aus seiner Feder. Zahllos sind die Briefe Eichhorns, auch Liebknechts und der Rosa Luxemburg, die sich unter den beschlagnahmten Papieren Radeks befinden. Weitere Aufschlüsse werden wohl auch die beiden mißverhafteten Damen, die Sekretärin und das Schreibmädchen, geben können. Der große Plan Radeks war, das Feuer des Volkswissenschaften in Deutschland bis zum Frühjahr angezündet zu haben. Ende April, spätestens Anfang Mai sollte ein neuer allgemeiner Spartakistenkongress in den deutschen Großstädten losbrechen als Vorbild für die Vereinigung mit den herbeimarschierenden Russen. Immer wieder ermahnte Radek in seinen Rundschreiben und Geheimbriefen die Genossen, auszuhalten, bis die russischen Freunde kamen. Die Soldatenräte an der Ostfront würden diesen Tore und Türen öffnen. Sie würden sie ebenso leicht bereitstellen, wie sie ihn, den von der deutschen Regierung verbannten Vertreter der Sowjetregierung, hätten durchschleusen lassen. Letzteres ist wahrscheinlich eine Illusion. Der Soldatenrat der 10. Armee im Osten hat Herrn Radek als Solbelsohn nicht als solchen durchgelassen. Er ist mit gefälschtem Paß hereingekommen, während die anderen Sowjetmänner von den gewarnten deutschen

Soldaten an der Grenze vertrieben wurden. Allerdings ist es noch ein Rätsel, wie es den vielen Kurieren möglich war, die Post, die Flugblätter und Missionen für Radeks Büro Woche für Woche nach Berlin zu schmuggeln. Wahrscheinlich gelang es ebenfalls nur mit falschen Ausweisen, wie ja auch Radek von seinen Gesinnungsgenossen in Deutschland reichlich mit allen zur Vermischung nötigen Urkunden und Stempeln versehen wurde. Die ausgedehnten Fälschungen werden noch im Prozeß Radek eine Rolle spielen. Man hofft, wenn alles glatt geht, das Verfahren gegen Radek an die bergeitigen Spartakistenfälle in Moskau anzuschließen. Die Auflage wird sich voraussichtlich gründen auf die Paragrafen 110, 111, aber auch § 81 ff. des deutschen Strafgesetzbuches, also Aufforderung zum Widerstand gegen die Gesetze und hochverräterische Unternehmungen.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Die heutige heftige Volkskammer hat den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ulrich wiebergewählt. Der Ministerpräsident verließ alsbald die neue Regierung, die sich nunmehr wie folgt zusammensetzt: Ulrich (Soz.) Vorsitzender und Reichsminister; Kuba (Soz.) Inneres; Henrichs (Dem.) Finanzen; von Brenano (Ztr.) Justiz. Diese vier Personen sind als das Ministerium anzusehen (früher nur zwei Minister). Außerdem gehören die Vorstände der Landesämter dem Ministerium an mit Stimmrecht ihres Ressorts, und zwar: Ministerialdirektor Dr. Streder (Dem.) Landesamt für Bildungswesen; Ministerialdirektor Dr. Neumann (Soz.) Landesernährungsamt; Ministerialdirektor Maas (Soz.) Landeswirtschaftsamt; Uebel (Ztr.) Staatsstudienamt. — Die Kammer hat weiter den Antrag der Regierung, dem gewesenen Großherzog, der bekanntlich noch nicht abgedankt hat, die Zivilisire zu sperren, abgelehnt und dafür einen Ausnahmestempel angenommen, der die Regierung beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Großherzog einzutreten.

## Allerlei Nachrichten.

### Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

\* London, 20. Febr. Die Times meldet: In der gestrigen Unterhausung wurde mitgeteilt, daß bisher von Deutschland ausgeliefert wurden: alle schweren und alle Feldgeschütze, alle Maschinengewehre, Laufgrabenmörser und Flugzeuge. Außerdem wurden noch ausgeliefert: 4065 Lokomotiven an Stelle von 5000, 126 836 Waggons an Stelle von 150 000 und 1276 Motowagen.

### Die Verbandsbefragung im Rheinland.

\* London, 20. Febr. Einer Neutermessung zufolge erklärte Churchill in einer auf einem Frühstück im Mansionhouse gehaltenen Rede, es würden Maßregeln getroffen, um es für Deutschland unmöglich zu machen, während dieser Generation einen Revanchekrieg zu führen. Um das Wiederaufleben des Krieges zu verhindern und um die Zahlung der Wiedergutmachung sicherzustellen, sei es notwendig, eine Zeitlang am Rhein eine starke, gutdisziplinierte Wehr zu halten. Diese Wehr könnte nicht auf der Grundlage des Freiwilligen-systems aufgestellt, sondern könnte nur durch die Dienstpflicht geschaffen und aufrecht erhalten werden. Es bestünde die Pflicht, während des Jahres 1919 ungefähr 900 000 Mann unter den Waffen zu behalten.

### Wilson's Amerikasahrt.

\* Washington, 21. Febr. Das Marineamt teilt mit, daß der Dampfer George Washington mit Wilson an Bord auf schweres Wetter gestoßen sei und ohne Besatz nach Boston weiterfahre. Das Schlachtschiff New Mexico hatte Maschinenschaden und blieb zurück. Auch die Zerstörer wurden gezwungen, den Dampfer im Stich zu lassen. Daniels gab dem Kreuzer Denver Befehl, dem Dampfer entgegenzufahren.

### 280 Milliarden Kriegsschadigung.

\* Amsterdam, 23. Febr. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde auf der Friedenskonferenz jetzt auch die Schadensfrage berührt. Wie verlautet, stellen sich danach die Forderungen der Entente auf insgesamt 280 Milliarden Mark. Ursprünglich wollten die Alliierten einen höheren Betrag fordern. Auf Vorschlag Amerikas seien dann jedoch weitgehende Streichungen vorgenommen worden.

### Arbeitslosenanschreitungen.

Bei einer Rundgebung wegen der Nahrungsmittel- und Kohlennot zogen in Hof in Wabern Soldaten und Arbeitslose zum Rathaus, holten den Oberbürgermeister heraus, der gefesselt im Auge mitgehen mußten, und schlepten beim „Hofen Anzeiger“ den Chefredakteur mit fort. Beim Oberbürgermeister hielt die Menge Hausdurchsuchung nach Nahrungsmitteln, aber vergebens.

### Die deutschen Kohlenlieferungen.

Nach englischen Quellen wird gemeldet, daß dem Oberkommando des besehten Gebietes Bescheid gegeben, welche besagen, daß die deutschen Kohlenlieferungen in den letzten Tagen stark im Rückgang befindlich sind. Die Alliierten sollen nach derselben Quelle beabsichtigen, diejenige eine befristete Note an Deutschland zu richten.

### Die Dauer der Besetzung.

Wie der Telegraphen-Union aus Paris gemeldet wird, erwiderte Pichon im Kammerauschuß auf eine Anfrage, er glaube, daß die Besetzung des linksrheinischen Gebietes die Dauer eines Jahres überschreiten werde. — Nach der Meldung eines Pariser Blattes aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet nehmen die Kommandos der Alliierten dort zahlreiche Requirierungen von Wohnungen vor, um einen größeren Beamtenstab unterbringen zu können. Diese Maßnahmen lassen auf eine längere Dauer der Besetzung schließen.

### Hamburg.

Der Ausstand der Straßenbahnen und Hochbahn ist beendet. Der Betrieb ist nach zehntägiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Die Streikenden haben nun doch den Schiedsspruch des A.-S.-R. angenommen. Die Streiklage allerdings sollen ihnen die Verwaltungen bezahlen, ein Zugeständnis,



das in der Bürgerkriegszeit keine Mithilfe findet. Die nach dem Schiedsspruch zu zahlenden Löhnerhöhungen werden eine abermalige Vertierung der Fahrpreise zur Folge haben.

## Die Lage im Ruhrgebiet. Terror.

In Battenfeld haben sich schwere Kämpfe abgespielt, die mit der Abführung des rabinischen Arbeiter- und Soldatenrats endeten. Die arbeitswilligen Belegschaften entwaffneten die Minderheit der Unzufriedenen und stürzten die Sachanlagen, in der sich die Spartakisten verschanzt hatten, und besetzten die Zugänge mit Mitgliedern der freiwilligen Sicherheitswehr.

Aus Essen wird berichtet: Mit unerhörtem Terror werden die arbeitswilligen Belegschaften zur Teilnahme am Streik gezwungen. Auf der Zeche „de Wendel“ erschossen eine Anzahl Arbeiter der benachbarten Zeche „Mabod“ und besetzte die Fördermaschine mit der Erklärung, sie würde die in der Grube befindlichen Arbeiter der Freizügigkeit nicht eher ausführen lassen, bis diese zur Teilnahme an dem Generalstreik bereit finden würden. Da den Leuten der Nachmittagschicht gesagt worden ist, es sei der Generalstreik proklamiert, beschlossen diese, den Generalstreik mitzumachen. Darauf wurde die Fördermaschine freigegeben und eine Belegschaftsversammlung abgehalten, in der es zu einer erregten Auseinandersetzung und belagerte zur Brägel wegen der verweigerten Ausfahrt kam. In der Aussprache kam deutlich zum Ausdruck, daß der größte Teil der Belegschaft gegen den Streik war, jedoch keinen Ausweg sah, sich vor dem Streikreiben zu schützen.

Auf der Zeche „König Ludwig“ in Recklinghausen hat ein Teil der Belegschaft von dem Leiter der Zeche durch die Drohung mit sofortiger Zerstörung der Werksanlagen, dem sich auch der Arbeiterausschuß angeschlossen hat, Lohnzugehörigkeit erpreßt. Ein von der Belegschaft gewählter 7er Ausschuß soll nach eigenem Ermessen die Beamtenswohnungen auf Lebensmittel untersuchen. Die Zecheverwaltung hat gegen das gewaltsame und geschwindige Vorgehen entschieden Einspruch erhoben und um Schutz für die Werksanlagen und das Eigentum der Beamten ersucht.

### Die Gruben ersaufen.

Auf der Zeche „Jollverein“, auf der der Ausstand noch 14tägiger Dauer am Samstag beendet war, ist die Belegschaft durch die spartakistische Minderheit gegen den Willen der großen Mehrheit an der Ausfahrt mit Wassengewalt verhindert worden. Die abends angeführte Nachtschicht wurde an der Ausfahrt verhindert. Die Leute sind bis zum Mittag noch nicht aus der Grube herausgelassen worden. Ein Betriebsführer ist bei Verweigerung der Spartakisten aus dem Kesselhaufe durch zwei Schüsse verletzt worden. Die Direktoren haben wegen so schwerer Bedrohungen seit längerer Zeit Wohnung und Büro nicht mehr betreten können. Falls die angekündigte Zerstörung der Kessel erfolgt, ist das Ersaufen der Gruben unvermeidlich. Eine Auszahlung der Löhne ist wegen Verabredungsgefahr in Frage gestellt.

## Lokale u. Vermischte Nachrichten.

### Weinbergsverkauf.

+ Oestrich, 22. Febr. Herr Weingutsbesitzer Philipp Nagler in Weisenheim verkaufte einen Weinberg im Hallgarterweg zum Preise von 60 Mk. die Aute an Herrn Josef Swoboda und einen solchen in gleicher Lage zum selben Kaufpreise an Herrn Ludwig Heinrich Sprenger dahier. Einen weiteren Weinberg im Stergelshof (Mittelheimer Gemarkung) des Herrn Phil. Nagler erwarb ebenfalls Herr Jos. Swoboda für 60 Mk. die Aute.

### Besitzwechsel.

\* Eltville, 23. Febr. Herr Peter Kopp verkaufte sein in der Feldstraße belegenes Wohnhaus an Frau Schäfer aus Schlierstein zum Preise von 15 250 Mark. Die Vermittlung geschah durch Herrn Haimann hiersebst.

### Güter-Versteigerung.

X Winkel, 23. Febr. Die am 17. Februar stattgehabte Weinbergsversteigerung des Herrn Fritz Nagl I. hatte folgendes günstige Ergebnis: 32,68 Auten im Mittleren Fogelsand Mk. 84.— die Aute, Steigerer. Carl Gier, 19,80 A. im Entenbringer Mk. 47,50 an B. und C. Huboldt, 31,32 A. Mk. 35.— an Arth. Hallgarten, 88,88 A. im Entenbringer Mk. 54.— an Heinrich Molitor, 30,56 A. Mk. 49.— an Eberh. Nijnger, 28,40 A. im Kreuzweg Mk. 46.— zurück, 55,72 A. Mk. 43.— an Georg Freimuth, 19,36 A. im Hellersberg an Phil. Molay Ww., 47,24 A. Mk. 40.— an Arth. Hallgarten, 53,08 A. im Schafteil Mk. 58.— an Jakob Charisse, 71,98 A. im Eckenberg Mk. 45.— an Wendl. Kremer 5., 53,92 A. im Neuberg Mk. 46.— an Wendl. Kremer 6., 33,04 A. im Letzt zurück, 40 A. im Bdrchen Mk. 40,50 an Jakob Mombrel; für die Aute wurden Mk. 50.—, 38,50, 32.— und 25.— per Aute bezahlt.

### Hausverkauf.

\* Weisenheim, 24. Febr. Herr Kaufmann Gerhard verkaufte seine Einfamilien-Villa im Kreuzweg dahier zum Preise von 20 500 Mark an die Maschinenfabrik Johannisberg (Rein, Herst und Bohn Nachf.) G. m. b. H. dahier, die damit eine Beamtenwohnung schafft.

### Die Kohlennot.

R. M. Radesheim a. Rh., 23. Febr. Gelegentlich der Ueberleitung der Kohlenbezugscheine für Februar teilte der Reichskommissar folgendes mit: „Ich muß bei dieser Gelegenheit die Versorgungsbezugscheine darauf aufmerksam machen, daß sie mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß ich für das laufende Hausbrandwirtschaftsjahr weitere Bezugscheine nicht an die Versorgungsbezugscheine herausgebe. Ueber die trostlose Lage in den sämtlichen noch zu unserer Verfügung stehenden Bergbaureviere werden die Versorgungsbezugscheine durch die Tageszeitungen hinlänglich unterrichtet sein. Zu den ständigen Streiks und Unruhen — namentlich in den hauptsächlichsten Brennstoffherkunftsgebieten — sowie durch die starken Minderleistungen der Bergarbeiter bedingten Förderungsaußfällen treten der Verlust der linksrheinischen Bergbaureviere für die Versorgung des übrigen Deutschlands durch die feindliche Besetzung der linken Rhein-

seite, sowie ferner die durch die zwangsweise Abgabe der Wagen und namentlich Lokomotiven verursachten Versorgungs-schwierigkeiten bei der Eisenbahn. Die gegenwärtige Erzeugung reicht kaum aus, um den dringlichsten Bedarf der Eisenbahn, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Nahrungsmittelbetriebe zu decken, so daß für den Hausbrand, der als nächstdringlicher Verbrauchszweck in Frage kommt, nur sehr wenig übrig bleibt. Infolgedessen befindet sich die Belieferung der bereits in den Verkehr gebrachten Hausbrandbezugscheine fast im Rückstand. Bei einer längeren Ausdauer der gegenwärtigen Verhältnisse ist kaum damit zu rechnen, daß bis zum Schluß des Hausbrandwirtschaftsjahres 1918/19, d. h. bis zum 30. April 1919 noch die bis jetzt herausgegebenen Bezugscheine (einschließlich die Reihe H, blau) annähernd voll beliefert werden. Eine Herausgabe weiterer Bezugscheine würde daher bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse zwecklos sein und zu Ungleichmäßigkeiten in der Versorgung Anlaß geben, die vermieden werden müssen. Allen Versorgungsbezugscheinen kann angesichts dieser Verhältnisse nur dringend empfohlen werden, die jetzt herausgegebenen blauen Bezugscheine der Reihe H und die etwa noch in ihrem Besitz befindlichen früheren Reihen in erster Reihe dazu zu verwenden, um den dringlichsten Bedarf der Anstalten (wie Schlachthöfe, Krankenhäuser u. dgl.) sowie der im Interesse der Volksernährung wichtigsten gewerblichen Betriebe (Bäckereien usw.) ferner den dringlichsten Bedarf in landwirtschaftlichen Betriebsstellen damit bis zum Schluß des Hausbrandwirtschaftsjahres zu decken. Erst die nach Deckung dieses dringlichsten Bedarfs noch verbleibenden Hausbrandbezugscheine würden zweckmäßig dem Handel für den Hausbrand im engeren Sinne zur Verfügung zu stellen sein. Solange die Bewohnungen durch die ständigen Streiks nicht aufhört und die Arbeitsleistung nicht zunimmt und solange nicht die Arbeit in den Lokomotivfabriken und Reparaturwerkstätten in intensiver Weise betrieben wird, ist an eine Besserung der Verhältnisse für den Hausbrand bedauerlicherweise nicht zu denken.“ Obgleich kaum noch mehr als bisher gelieft werden kann, muß versucht werden, mit den jetzigen geringen Mengen auszukommen. Die Kreislokalen bleibt demnach Braunkohlen herzu zu schaffen, womit sich die Bevölkerung gegebenenfalls begnügen muß. Die Schwierigkeiten, Braunkohlen zu erhalten, sind auch sehr groß, so daß mit einer einigermaßen ausreichenden Menge ebenfalls nicht gerechnet werden kann.

### Schleichhandel.

\* Altmannshausen, 23. Febr. Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte wegen Schleichhandels mit Schokolade den 43jährigen Kaufmann Karl Jöhn von hier zu 2000 Mark Geldstrafe.

### Prüfung.

[X] Aus dem Rheingau, 23. Febr. Am 19. Februar bestanden vor der Prüfungskommission zu Weisenheim Fräulein Elisabeth Freimuth in Winkel und Fräulein Ottilie Albert in Schlierstein ihre Vorklausurprüfung mit den Noten praktisch „sehr gut“ und theoretisch „gut“. Die Meisterin war Frau Küllert in Eltville.

### Versammlungs-Genehmigung.

\* Aus dem Rheingau, 24. Febr. Versammlungen jeglicher Art unterliegen der Genehmigung der französischen Behörde. Unter Versammlung versteht die französische Kommandantur alle Versprechungen, Vorstandsitzungen, Vereinszusammenkünfte usw., selbst wenn diese nicht in öffentlichen Lokalen stattfinden. Sämtliche Personen, in erster Linie der Einberufer selbst, machen sich strafbar wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung. Besuche um Genehmigung sind rechtzeitig bei der Polizeiverwaltung einzureichen unter genauer Angabe des Programms.

### Ein Betrüger.

# Wingen, 24. Febr. Ein Fremder, der angeblich Weber zu heißen, hat hiesigen Einwohnern unter der Vorspiegelung, daß sie von ihm Butter, Speck und Öl erhalten könnten, mehrere hundert Mark abgeschwindelt. Der Betrüger wurde in der Version des Kaufmanns Alfried Weber aus Rinn ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um einen oft vorbestraften Menschen, der durch die Revolution aus dem Gefängnis gekommen ist.

### Diebstähle.

3 Wingen, 24. Febr. Einbrüche wurden in den letzten Tagen hier verübt. Dabei wurden Kisten im Wert von 5000 Mark, Wein, Lebensmittel, Fleischbada, Seifenpulver usw. gestohlen. Die hiesige Polizei hat die Diebe festgenommen. Es handelt sich um den erst 18 Jahre alten arbeitslosen Georg Dietrich und den ebenfalls alten Schiffer Robert Waman jr. Die Wohnung des Dietrich barg ein regelrechtes Lager. Waman wurde erst kürzlich, weil er viel schwere Einbrüche in Weisenheim und Wingen verübt hat, der Polizei vorgeführt.

### Bahn-Unglück.

Metternich, 24. Febr. Auf der Straßenbahnstrecke Metternich-Platz hat sich ein Unglück ereignet. Am Führerstand gab es Kurzschluß und der Führer sprang ab und überließ den Wagen sich selbst. Ein Teil der Fahrgäste sprang auch herunter, wobei ein Mann aus Märlisch so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurz darauf starb. Zwei Leute, die allein auf dem Wagen geblieben waren, brachten ihn zum Stehen. Noch fünf von den Fahrgästen sind mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus gekommen.

### Für Österreich-ungarn - Mannschaftenspersonen.

C Alle im Umkreis des Österreich-ungarischen General-Konsulats Frankfurt a. M. aufhältigen vom Heeresdienst entlassenen ungarischen Mannschaftenspersonen mit Ausnahme der in Reoatien und Salonien Heimatberechtigten werden aufgefordert, ihren Anspruch auf Auszahlung der Abfertigungsgebühren sofort beim Militärbüro des Österreich-ungarischen General-Konsulats, Neue Mainzerstraße 35 pt. in Frankfurt a. M. unter Einreichung ihrer Entlassungspapiere schriftlich anzumelden.

### Frei Ebert.

\* Aus Hönnef wird geschrieben: Der heutige Reichspräsident Frei Ebert war früher bei unserem Mitbürger Römman, als dieser noch Inhaber eines Sattler- und Dekorationsgeschäfts war, längere Zeit als Gehilfe tätig.

### Uebertriebene Holzpreise.

\* Nordenstadt, 23. Febr. Die Holzpreise haben neuer auch hier eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Bei der zuletzt im hiesigen Walde abgehaltenen Versteigerung, zu der nur Steigerer der Gemeinde zugelassen waren, kamen 4 Raummeter buchenes Scheitholz auf 160 bis 200 Mark, einige Kiefer sogar auf 205 und 210 Mark, entsprechend hoch stellten sich auch die Preise für buchenes und eichenes Brägelholz und für Wellen. Den Steigern wird die alsbaldige Abfahrt des genehmigten Holzes dringend angeraten, da in letzter Zeit wiederholt derartige Holz aus dem Walde gestohlen wurde.

### Französischer Sprachunterricht.

\* Aus Rheinhessen, 20. Febr. Am letzten Montag begann in allen Volksschulen Rheinhessens der obligatorische französische Sprachunterricht. Vielfach wählten franz. Offiziere dem Unterricht, der durchweg von den Ortsbehörden erteilt wird, bei.

### Kommunalpolitische Umstrukturpläne.

\* Wie eine offiziöse Korrespondenz wissen will, beabsichtigt die Regierung für die Städte das Einkammersystem einzuführen und demgemäß die Magistratskollegien zu beseitigen. Weiter kommt in Frage, den künftigen Bürgermeisteramt einen Ausschuß zur Seite zu stellen, der als Kontrollorgan der städtischen Verwaltung zu wirken hätte. Dieser Ausschuß soll entweder von der Stadtverordnetenversammlung gewählt oder durch besondere Wahlen berufen werden. Mit der Auflösung der Magistratskollegien soll auch die Amtszeit der beabsichtigten Magistratsmitglieder ihren Abschluß finden; sie sollen aber „berechtigt“ sein, sich wieder zur Wahl zu stellen. Nicht unwahrscheinlich sei, daß die Auflösung der Magistratskollegien noch vor dem Zusammentritt der preussischen Landesversammlung stattfindet. Danach scheint die Regierung also gewillt zu sein, auf dem ungefähren Verordnungsweg die Kommunalverwaltung zu sozialisieren. Besonders bezeichnend erscheint die Absicht, jedem Bürgermeisteramt einen sog. Kontrollausschuß beizugeben. Soll damit die überflüssige und kostspielige Herrschaft der K. S. R. verewigt werden?

### Hohe Pferdepreise.

Die Pferdepreise haben im besetzten Gebiet heute bereits wieder die schwindelnde Höhe wie zur Zeit der höchsten Konjunktur inmitten der Kriegszeit erreicht. Bei den in den letzten Tagen da und dort abgeschlossenen Verkäufen wurden für zweijährige Fohlen bis zu 5000 Mark gezahlt. Dabei ist die Nachfrage ungewöhnlich stark. Militärpferde sind ebenfalls sehr begehrt. Viele Landwirte klagen, daß sich trotz aller behördlichen Maßnahmen immer wieder die Zwischenhändler ins Kaufgeschäft einmischen und dadurch die Preise immer weiter in die Höhe treiben. Wer vor 6—8 Wochen kaufte, erzielt heute für Militärpferde den drei- bis vierfachen Preis.

— Geradezu skandalöse Zustände haben sich in letzterer Zeit mehr noch als während der Kriegsjahre in unserer Viehwirtschaft herausgebildet. Die Schwarzschlächterei wird allenthalben in der schamlosesten Weise als sehr reichlich lohnendes Gewerbe immer weiter betrieben. Täglich werden solche Geheimschlächtereien in Stadt und Land neu aufgedeckt, aber meistens die meisten Fälle bleiben verborgen. Ganz ungeniert kann man in Gasthäusern und während der Bahnfahrten die Leute sich rühmen hören, daß es ihnen an Fleisch nicht fehle, nur müßten sie es gut mit 5—6 Mark und noch teurer bezahlen. Sie alle haben ihre geheimen Bezugsquellen. Der Schwarzschlächter selbst hat wieder seine Lieferanten, die ihm teils gefautes, teils auch gestohlenen Vieh zuführen. Die Viehhändler mühen sich in erschreckender Weise, fürnliche Raubzüge werden bis in die entlegensten Dörfer unternommen. Diese skandalösen Zustände müssen unseren ohnehin schon gewaltig reduzierten Viehbestand auf einen Tiefstand bringen, der unsere Milch- und Fleischversorgung und damit die Volksernährung für lange Jahre hinaus aufs allerschlimmste schädigt, ja ganz in Frage stellt.

— Sicherheit von Kriegsanleihe und Sparguthaben. Es ist ersichtlich, daß auch der Reichsminister für das Reichsschatzamt, Dr. Schäfer, die erste Gelegenheit benützt hat, um in der Deutschen Nationalversammlung sich zu der vielfach angeschnittenen Frage der Sicherheit der Kriegsanleihe, Spar- und Bankguthaben zu äußern. Er hat mit aller Deutlichkeit erklärt: „Davon, daß die Kriegsanleihen annulliert, die Sparkassen und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme, die die größte Rechtsverletzung wäre, und die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt.“ — Diese Erklärung der rechtmäßigen Regierung, die an so hervorragender Stelle erfolgt ist, dürfte nun wohl alle etwaigen Befürchtungen vollkommen ausräumen. Auch die von lokalen zeitweiligen Machthabern verursachten Eingriffe sind damit als völlig rechtsunwirksam gekennzeichnet. Bisher ist trotz der unruhigen Zeiten noch kein Geld den Kontentinhabern bei Sparkassen und Banken verloren gegangen, wohl aber sind sehr häufig zu Haus aufbewahrte Barverträge und Wertpapiere gestohlen worden. Damit ist auch tatsächlich die Sicherheit der Einlagen in Sparkassen und Bankbetrieb bewiesen; diese Einrichtungen verdienen das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird.

## Weinzeitung.

\* Hallgarten, 24. Febr. Die „Verenigten Weingutsbesitzer G. m. b. H. Hallgarten“ verkaufen ihre 1918er Weinstressenz — insgesamt etwa 150 Halbstück — zum Preise von 6700 Mark das Stück an Herrn Heymann-Lewitta in Mainz. — Die „Winger-Gesellschaft“ wird ihre 1918er Stressenz am Donnerstag, den 6. März zur öffentlichen Versteigerung bringen. Die neuen Weine haben sich vortrefflich entwickelt und versprechen einen vorzüglichen, gerade für den Weinhandel brauchbaren Mittelwein zu geben. Die Spitzen sind hervorragend schöne Sachen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

## Gefang- und Gebetbücher

in reichhaltigster Auswahl empfiehlt

Adam Etienne, Oestrich a. Rh.



## Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 27. Februar ds. Js.,

mittags 1 Uhr beginnend,  
wird im Lokale des Herrn Karl Saurmann hier, folgendes  
im Winkel Gemeindevald Distrikt 22 „Andröcher“ lagern-  
des Kuchholz öffentlich meistbietend versteigert.

483 Fichtenstämme	—	172,90 Hfm.
143 Fichtenstangen	I	12,87
167	II	10,02
35	III	1,05

Winkel, den 20. Februar 1919.

Der Bürgermeister  
Hartmann.

## Bekanntmachung.

Wir geben unseren Stromabnehmern davon Kenntnis,  
daß am 1. 2. 1919 eine Verordnung der Reichsregierung  
über die Erhöhung von Preisen für elektrischen Strom er-  
lassen worden ist. § 1 dieser Verordnung besagt u. a.:  
„Wer auf Grund von Abmachungen, die vor dem Inkraft-  
treten dieser Verordnung abgeschlossen sind, zur Lieferung  
von elektrischer Arbeit verpflichtet ist, kann Abänderung dieser  
Abmachung, insbesondere Erhöhung der Lieferpreise, verlangen,  
wenn, und insoweit infolge der Preisverhältnisse die Höhe  
der Selbstkosten seit der Zeit der letzten Preisvereinbarung  
so gewachsen ist, daß das Anwachsen bei Anwendung der  
Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nicht vorauszusehen  
war, und daß billigerweise die Tragung der Mehrkosten  
dem Lieferer allein nicht zugemutet werden kann.“ Auf  
Grund dieser Verordnung erheben wir hiermit Anspruch  
auf Strompreiserhöhung mit rückwirkender Kraft, die wir  
demnächst bei den Gemeindebehörden geltend machen werden.

Eltsville, den 18. Februar 1919.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.

## Bekanntmachung.

Die derzeitigen Verkaufspreise einschließlich Steuer  
betragen:

für Metalldrahtlampen 10 Netz, 230 Volt, A 3.85 d. Stüd.			
" 16 "	230	"	3.95 "
" 25—50 "	230	"	4.15 "
" 100 "	230	"	7.60 "

für gasgefüllte Lampen (Botan „G“, — Nitra — oder Halbwattlampen)	60 Watt, 230 Volt, A	7.90 d. Stüd.
"	75 " 230 "	9.60 " "
"	100 " 230 "	12.60 " "

Eltsville, den 18. Februar 1919.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik

Heidesheim (Rheinhausen) und Mainz  
übernimmt das Gerben von Groshäuten  
sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen  
in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren, Spezialität Kuntz,  
Geschirre, Treibriemen, Massenartikel.

## Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“

Achtung! Achtung!

## Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Gingetroffen sind:

Lederstiefel

für

Herren, Damen und Kinder.

Verkauf gegen Bezugschein.

Große Auswahl in

Holzschuhen und Holzsandalen,  
teils zu zurückgesetzten Preisen.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Kaufhaus Ph. Dorn,  
Winkel a. Rh.,  
Hauptstraße 30.

## Statt besonderer Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 3 1/2  
Uhr, meinen lieben Gatten, unseren guten treuversorgenden Vater, Schwieger-  
vater, Großvater und Vetter

Herrn J. B. Butz,

Dachdeckermeister,

nach längerem schwerem Leiden, wohlverlehen mit dem hl. Sterbe-  
sakramenten, im 69. Lebensjahre, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Im Namen der tieftrauernd Hinterbliebenen:

Frau Pauline Butz Ww.,

geb. Schultes,

nebst Kinder.

Eltsville und Erbach, den 23. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags  
4 Uhr, vom Trauerhause, die Exequien am gleichen Tage morgens  
6 1/2 Uhr statt.



## Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme bei dem  
Hinscheiden und der Beerdigung unserer lieben  
Tochter sagen wir hiermit Allen, ganz besonders  
den Altersgenossen und -Genossinnen, den Mit-  
gliedern des Märitenvereins, der Kollegialität sowie  
den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma J. e. a. n.  
Müller in Eltsville, ferner auch für die vielen  
Krankenspenden unseren herzlichsten Dank.

Familie Val. Kraus III.

Niedrich, den 22. Februar 1919.

## Vergrößerungen

nach jeder kleinen Photographie oder aus jedem Gruppenbilde,  
auch von Zivil in Feldgrau, werden billigst ausgeführt.

Samt-Emallbilder für Broschen, Anhänger etc.

Sinnreichstes Geschenk.

Frieda Simonsen, Rheinstraße 56, Wiesbaden.

## Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind,

sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir besorgen  
in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Eigenart  
jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen  
Lücken und ergänzen dadurch unsere bekannten hervorragenden  
Erfolge in allen Prüfungen. In Rehl herrscht köstliche  
Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorzügliche Verpflegung. —  
Reform-Institut, Rehl (Waden), Fernruf 15.

## Achtung

Händler, Hansierer.

Rhein- und Moselalbum  
Rhein- und Moselkarten bunt  
Rhein- und Moselkarten verglimmert  
Rhein- und Moselkarten mit Französischem Text.

Karten von Mainz, Wiesbaden bis Düsseldorf, bei

Kärntner, Mainz, Umbach 1.

## Claud. Schmitt,

Bildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfeht sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabeinfassungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.  
Gediegene saubere Ausführung, billige Preise.

## Privat- u. Volkswirtschaft in Technik und Praxis.

alles was Handel und  
Wandel, Kontowissenschaft  
und Fertigkeiten angeht, sei  
es Buchhaltung nach allen  
Systemen, Einzelverkehr,  
Formularkunde, bürger-  
liches, gewerbliches und  
kaufmännisches Rechnen,  
Bankwesen, Wechsel- und  
Scheckkunde, Konto-Korrent-  
lehre nach allen Systemen,  
Vermögensverwaltung,  
Stenographie, ferner aber  
auch ausgewählte Kapitel  
der Rechts- u. Gesetzskunde  
u. s. w. (jeder in jedem Lebens-  
alter) (getrennte Ab-  
teilungen)

die kaufmännische Privat-  
Schule von

Hermann Bein

und

Clara Bein,

Diplom-Kaufleute u.

Diplom-Handelslehrer,

Rhein-

strasse 115

Wiesbaden

nabe der Ringkirche,

nach Wahl in Vor-, Nach-

mittags- und Abendkursen

oder Privatstunden bei

möglichen Honorarfürsorgen.

Bei den Volkskursen sind in

diesen die sämtlichen Unter-

richtsfächer und Vorträge

eingeschlossen. Bei Einzel-

fächern ist nur eine ein-

malige Zahlung für die

ganze mehrmalige Dauer

des Unterrichts zu leisten.

Bei Auswärtigen Kurzu-

teilnehmern übernimmt das

Institut einen Teil der

Fahrtkosten. Für Kriegs-

beschädigte beider Semes-

terkurse ermäßigtes Honorar.

Beginn neuer Kurse

Anfang Januar.

Weitere Auskünfte werden

bereitwilligst jederzeit im

Geschäftszimmer:

Rheinstr. 115, 1. Stock

erteilt. Anmeldungen ba-

selbst jeweils rechtzeitig vor

Beginn der Monate erbeten.

Impregnierte u. kyanisierte

Weinbergspfähle,

runde und gefügte

Stücker,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfeht

Gg. Jos. Friedrich,

Deitrich i. Rhg.

— Telefon 70. —

## Arbeiter u. Arbeiterinnen

gesucht.

Matheus Müller, Eltsville.

Obergärtner-

Verwalter

39 Jahre, verh., 1. Kraft,  
Obst-, Wein-, Gemüsebau, Mo-  
derne Kulturen, mit Buch-  
führung und Lohnwesen ver-  
traut, Ia. Referenzen; Rationen  
kann gestellt werden.

Eintritt 1. April oder später.  
Offerten unter Nr. 400 B.  
an die Expedition d. Bl.

## Tüchtiger Knecht

gegen hohe Belohnung zum  
sofortigen Eintritt zu 2 Pferden  
gesucht.

Georg Preiser, Gau-Algesheim,  
Holz- und Kohlenhandlung.

Ein braver Junge kann die

## Wagnerei

erlernen bei

Ph. Jos. Kneib,

Frei-Weinheim a. Rh.

Arbeits-

## Lederschuhe

(Handarbeit)

in Größen 27-41 vorrätig.

Joh. Schwarz, Deitrich.

12-15 Gebund

## Gipfeln

zu verkaufen.

Deitrich, Untere Hühnerstr. 20.

## Verkaufe:

Junge

Havanna- und Silberkaninchen.

Deitrich, Währstr. 42.

Start gebaute

## Handleiterwagen

stehen fortwährend zum Ver-

kauf bei

Ph. Jos. Kneib,

Neck. Wagnerei,

Frei-Weinheim a. Rh.

Ein fast neuer Doppelspänner

## Vorderwagen

zu verkaufen.

Näheres Expedition d. Bl.

## Korken-Ankauf,

alte und neue, jedes Quantum,

guter Preis.

Korkenfabrik Wiesbaden,

Schwalbacherstr. 7. p.

## Buchenscheitholz

liefert franco zum Preise von

160 Mark pro Kasten.

## Wellen

pro 100 franco 80 Mark.

Gestellung bei

Gastwirt Ruppert, Niederwalluf.

60 Gebund Ia Qualität

eichene Pfähle

zu verkaufen. Näheres in der

Expedition dieses Blattes.

## Kaufe Schlachtpferde

Angebote an

Christian Agutino,

Pferdemehrgerei, Mainz.

Weinberggarten 6.

## Gelberübsamen

billig abzugeben.

Deitrich, Landstraße 20.

## Preislisten, Faktura

beliebiger Art, Etienne, Deitrich